



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Positionspapier

des dbb beamtenbund und tarifunion

„Schuljahr 2022. Konsequenzen aus zwei Jahren Pandemie“

Berlin, März 2022





Bereits seit zwei Jahren stellt die Pandemie alle Teile der Gesellschaft auf eine harte Probe und trifft jede und jeden individuell. Die Bildungseinrichtungen in unserem Land – Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen, Berufsschulen und Hochschulen sind im besonderen Maße betroffen, stehen unter immensen Belastungen und können trotz innovativer Ideen und massiver Anstrengungen des Personals ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag nicht mehr hinlänglich gerecht werden.

Kitas, Schulen und Universitäten sind nach zwei Jahren Pandemie keine sicheren Orte. In den Schulen froren die Schülerinnen und Schüler einen weiteren Winter, der Präsenzunterricht wird trotz schwindelerregender Inzidenzen unter den jungen Menschen weiter aufrechterhalten, wenngleich krankheits- oder quarantänebedingt der Regelunterricht vielerorts nicht möglich ist, und das Personal, die Kinder und Jugendlichen sowie Eltern sind stets mit neuen Anweisungen konfrontiert.

Die kurzsichtigen und uneinheitlichen Entscheidungen seitens der Politik haben ihren Teil zu dieser Situation beigetragen. Die Ursachen dieser Probleme sind jedoch nicht in der Pandemie begründet. Sie liegen in einer jahrzehntelangen Unterfinanzierung des Bildungsbereichs, der sich in einem massiven Fachkräftemangel und einer mangelnden Attraktivität des Berufsbilds, maroden Räumlichkeiten sowie einer veralteten Infrastruktur und Ausstattung äußert.

Neben dem gesundheitlichen Risiko einer Ansteckung mit dem Corona-Virus sind die psychosozialen Folgen, die Einschränkungen in der Kompetenz- und Persönlichkeitsentwicklung sowie die negativen Auswirkungen auf die Bildungsgerechtigkeit durch die Pandemie schwerwiegend und folgenreich für die jungen Menschen.

Daher gilt es zunächst, unverzüglich eine möglichst sichere Lehr-, Unterrichts- und Betreuungsqualität zu schaffen. Kitas, Schulen und Universitäten sind Orte der Bildung, der Begegnung und des sozialen Lernens und begleiten die jungen Menschen während ihrer prägendsten Jahre. Ein umfangreiches Maßnahmenpaket ist unerlässlich, um zum einen das gesundheitliche Risiko und zum anderen die Einschränkungen so gering wie möglich zu halten.

Der dbb beamtenbund und tarifunion fordert die Politik auf, die aktuelle Situation und die zahlreichen Aufrufe der Schülerinnen und Schüler, Eltern, des Personals und der Verbände ernst zu nehmen. Ein umfassendes wissenschaftsbasiertes Maßnahmenpaket ist notwendig, um gute und sichere Bildung, Erziehung und Betreuung in Pandemiezeiten sicherzustellen.

Darüber hinausgehend und grundlegend bedarf es massiver Anstrengungen, um gegen die strukturellen Probleme anzugehen, die einen großen Teil zu der aktuellen Situation beigetragen haben. Nur mit ausreichend pädagogisch qualifiziertem Personal und damit einer Aufwertung des Berufsbilds, einer angemessenen Infrastruktur und Ausstattung sowie einer Neugestaltung der Verantwortungsgemein-



schaft von Bund, Ländern und Kommunen kann unser Bildungssystem zukunftsfest gestaltet werden. Von der Pandemie geht ein Warnsignal aus, das es als solches zu verstehen gilt, denn es besteht akuter Handlungsbedarf.

Die dbb Forderungen im Einzelnen:

I. Pandemieindikatoren

Der Gesundheitsschutz in unseren Bildungseinrichtungen kann nur gewährleistet werden, wenn angemessene Indikatoren das Pandemiegeschehen zuverlässig abbilden und die Infektionsschutzmaßnahmen davon abgeleitet werden. Diese Indikatoren sind in engem Austausch mit der Wissenschaft zu treffen. Das Expertengremium zur wissenschaftlichen Begleitung der Covid-19-Pandemie der Bundesregierung verfügt über die notwendige Expertise und notwendigen Strukturen, um aktuelle Empfehlungen auszusprechen und bedarf daher der Einbindung.

- In engem Austausch mit der Wissenschaft sind angemessene Pandemieindikatoren zu wählen, um ein möglichst zutreffendes Bild des Infektionsgeschehens und den damit einhergehenden Risiken zu ermitteln

II. Verbindliche Unterrichtskonzepte

Die Infektionsschutzmaßnahmen in den Bildungseinrichtungen müssen sich verbindlich auf die Aussagen der Pandemieindikatoren stützen. Neben der Berücksichtigung von Indikatoren wie der Inzidenz, der Hospitalisierungsquote und der Virusvariante muss u. a. der Krankenstand des Personals in den Bildungseinrichtungen bei der Ergreifung von Maßnahmen miteinbezogen werden. Vor dem Hintergrund möglicher Spätfolgen durch Long- und Post-COVID oder PIMS sowie der Möglichkeit einer erneuten Infektion kann die Durchseuchung unserer Bildungseinrichtungen unmöglich als Weg der Immunisierung gesehen werden. Wenngleich der Präsenzunterricht das übergeordnete Ziel aller Maßnahmen darstellt, darf dieser nicht um jeden Preis aufrechterhalten werden.

- Basierend auf den Pandemieindikatoren müssen verbindliche Konzepte für den Unterricht bestehen und eingehalten werden. Dies gilt sowohl für den Fernunterricht als auch für Lockerungsmaßnahmen
- Die Durchseuchung unserer Bildungseinrichtungen darf keinesfalls als Weg der Immunisierung gesehen werden

III. Impfstrategie

Die Impfung bietet in Kombination mit den allgemeinen Hygienemaßnahmen einen guten Schutz vor einer Infektion mit dem Coronavirus oder begünstigt die Wahrscheinlichkeit eines milden Krankheitsverlaufs.



Lehrkräfte und Kita-Personal weisen eine überdurchschnittlich hohe Impfquote auf, was auf deren hohes Verantwortungsbewusstsein und ihr nachvollziehbares Eigeninteresse eines Schutzes schließen lässt.

- Ein niederschwelliges Impfangebot basierend auf den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) gewährleisten
- Das Lehr- und Erziehungspersonal ist für etwaige weitere Impfungen zu priorisieren

In Anbetracht der derzeitigen Impfquote von Kindern und Jugendlichen sowie der perspektivischen Impfung für Kleinkinder gilt es weiterhin, umfangreiche Maßnahmen für ein niederschwelliges Impfangebot zu treffen. Ziel muss sein, dass die Betroffenen außerhalb der Schulen gemeinsam mit ihren Erziehungsberechtigten und nach eingehender Beratung durch zuständige Ärztinnen und Ärzte eine freiwillige Entscheidung treffen. Eine Impfpflicht für das Lehr- und Erziehungspersonal lehnt der dbb ab. Vor dem Hintergrund sehr hoher Impfquoten würde diese ins Leere laufen.

IV. Maskenpflicht

Das Tragen einer Maske (OP- oder FFP2) führt maßgeblich zu einer geringeren Virusübertragung durch Aerosolpartikel.

- Die Maskenpflicht in Abhängigkeit des aktuellen Infektionsgeschehens und der aktuellen Handlungsempfehlungen der Wissenschaft anwenden. Hierzu sind insbesondere die Empfehlungen der S3-Leitlinien zu beachten
- Kostenlose Masken für das Lehr- und Erziehungspersonal sowie für die Kinder und Jugendlichen bereitstellen

Der tägliche Maskengebrauch führt zu beträchtlichen Kosten, ist jedoch Grundlage des Gesundheitsschutzes. Daher gilt es, für alle Beteiligten ausreichend kostenlose Masken für den täglichen Gebrauch zur Verfügung zu stellen.

Bei einem geringeren Infektionsgeschehen sollen insbesondere jüngere Kinder nicht zusätzlich durch das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung belastet werden.

V. Lüftungs- und Luftreinigungsanlagen

Der Einsatz von Lüftungs- und Luftreinigungsanlagen wird als wirksames Mittel für den Infektionsschutz diskutiert.

- Der Einsatz von stationären raumluftechnischen Anlagen sowie mobilen Luftfiltern ist basierend auf den S3-Leitlinien zu realisieren



Die bürokratischen Hürden bei der Antragsstellung und die damit verbundenen, nicht abgerufenen Fördermittel sind ein klares Zeichen dafür, dass eine Neugestaltung der Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen erforderlich ist.

VI. Teststrategie

Regelmäßiges Testen dient der frühzeitigen Erkennung von Infektionen und kann Übertragungen und Ausbrüche maßgeblich einschränken.

- Eine durchgängige Teststrategie muss für alle Bildungseinrichtungen sichergestellt werden

Die Durchführung der Tests muss nach Möglichkeit außerhalb der Einrichtung durch geschultes Fachpersonal realisiert werden, um Infektionsausbrüche und Einschnitte in die Bildungs- und Betreuungszeit zu minimieren. Finanzielle Engpässe dürfen sich nicht auf die Teststrategie in den Bildungseinrichtungen auswirken, daher sind finanzschwache Länder und Kommunen im Bedarfsfall zu entlasten.

VII. Kommunikation und Verantwortung

Leitungskräfte sowie das Lehr- und Erziehungspersonal stehen seit Beginn der Pandemie unter großer Belastung und waren ohne weitere Unterstützung mit der Umsetzung der erforderlichen Schutzmaßnahmen konfrontiert. Die Kurzfristigkeit neuer Verordnungen und die mangelnde Berücksichtigung bei Entscheidungsprozessen haben diese Belastung verstärkt und regelmäßig zu Verwirrung und Unverständnis bei allen Beteiligten gesorgt. Wenngleich Kitas, Schulen und Hochschulen nur den Vorgaben der Politik Folge geleistet haben, waren sie regelmäßig Ziel frustrierter Reaktionen seitens der Bevölkerung.

- Transparente Entscheidungen treffen sowie die Partizipation von Gewerkschaften und Verbänden ermöglichen
- Eindeutige Verordnungen mit klar geregelten Verantwortlichkeiten erlassen, die eine angemessene Flexibilität für Entscheidungen erlauben und die Gegebenheiten vor Ort berücksichtigen
- Gewährleistung einer ausreichenden Vorlaufzeit für die Umsetzung neuer Verordnungen
- Leitungsfunktionen entlasten



VIII. Personelle und digitale Ausstattung der Schulen

Die bisher aufgeführten Maßnahmen dienen der akuten Besserung der Situation in Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen, Berufsschulen und Hochschulen. Vorhaben der Regierung wie das Programm „Aufholen nach Corona“ haben gute Absichten, verkennen aber die eklatanten strukturellen Probleme des Bildungssektors. Um jedoch einen nachhaltigen Beitrag für bessere Bildung, Erziehung und Betreuung leisten zu können, bedarf es umfangreicher und langfristiger Maßnahmen. Diese müssen auf einer auskömmlichen und nachhaltigen Finanzierung basieren.

- Eine Personalpolitik sicherstellen, deren Bedarfsprognose auf zuverlässigen und realistischen Analysen basiert
- Eine Fachkräfteoffensive gegen den grassierenden Personal-mangel aufsetzen
- Mittels multiprofessioneller Teams die individuelle Förderung der jungen Menschen entsprechend ihrer Bedarfe und deren langfristige psychosoziale Betreuung gewährleisten sowie die Integration sowie Inklusion durch Bildung ermöglichen
- Dem stetig steigenden Weiterbildungsbedarf des Personals Rechnung tragen, Weiterbildung als Teil der Tätigkeit verstehen und diese ausreichend fördern
- Die Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen an die Herausforderungen des Bildungs- und Erziehungssystems anpassen
- Die Digitalisierung bereichsübergreifend entbürokratisieren und beschleunigen sowie notwendige infrastrukturelle Maßnahmen mit Nachdruck vorantreiben
- Bestehende Probleme der Dienstgeräte und des Datenschutzes beheben
- Qualifizierte IT-Systemtechniker und externe Systemadministratoren einstellen